

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntag- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Kontofonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung: Erich Schmidt, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 7 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 40449 Amt Kdln

Nummer 106

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Mittwoch den 7. Mai 1930

55. Jahrgang

Der Reichskanzler über seine Ziele

Im Mittelpunkt des Parteitages der westfälischen Zentrumspartei in Dortmund stand die lang erwartete Rede des

Reichskanzlers Dr. Brüning.

Der von den zahlreichen Anwesenden mit lebhaftem Beifall empfangen wurde. Der Kanzler wies eingangs scharf die Agitation der Sozialdemokratie gegen das neue Kabinett zurück. Er habe den Eindruck, daß die Sozialdemokratie sich in ihrer jetzigen Haltung selbst nicht recht wohl fühle. Dann ging der Kanzler auf die Geschichte der Kabinettsbildung ein. Auch das Kabinett Müller sei sich bei seinem Rücktritt in den großen Fragen der Politik ziemlich einig gewesen, namentlich darüber, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung zu einer späteren Zeit gelöst werden müsse.

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung sei die nächste Aufgabe der Regierung. Allerdings könne man erst nach der Sanierung an die Lösung dieser Aufgabe herangehen. Wenn die Regierung durchaus mit dem Kabinett Müller übereinstimme, so könne nicht einsehen, weshalb die Sozialdemokratie daraus ein Agitationsmittel gegen das neue Kabinett mache.

Stillschließend der Panzerkreuzerfrage könne er erklären, daß die gegenwärtige Reichsregierung viel schwerere Sorgen habe. Der Behauptung, daß das neue Kabinett unter seiner Leitung, Leitung plötzlich zu einer Reichsregierung geworden sei, müsse er scharf widersprechen. Das deutsche Volk verlange zur gegenwärtigen Zeit, daß vom Parlament und vom Reichskabinett gehandelt werde. Das Volk sei des ewigen Handelns zwischen den Parteien, das nie zum Ziele führe, überdrüssig. (Lebhafter Beifall.) Es würde den Glauben an das Parlament restlos verlieren, wenn es sehe, daß die Parteien sich manchmal über Lapalien nicht einigen könnten.

Das Parlament müsse den Mut aufbringen, in der einen oder der anderen Frage auch einmal eine Politik zu verfolgen, die nicht auf Popularität abgehe. Der ewige Regierungswechsel könne das Ansehen des Parlamentes nicht heben. Es müsse endlich in der Politik unter verantwortungsvoller Mitarbeit eine gerade Linie gefunden werden. Die Aufgabe der neuen Regierung sei es, das bekannte von ihm (Brüning) aufgestellte Programm mit dem Parlament durchzuführen, um nach einer langjam sich anbahnenden, durch entsprechende Ge-

setzung begünstigten Aufwärtsentwicklung in den nächsten fünf Jahren zu einer Gesundung des Wirtschaftslebens und der Finanzen und damit der ganzen Lebenshaltung des deutschen Volkes zu gelangen.

Zum Disprogramm betonte der Kanzler, es sei keine einseitige Bevorzugung des ostdeutschen Grundbesitzes beabsichtigt, wohl aber die Hebung der Wirtschaft im Osten, besonders der Landwirtschaft. Unter allen Umständen müsse vermieden werden, daß das Roggenproblem die Lage der Landwirtschaft in den kommenden Jahren in katastrophaler Weise beeinflusse. Eine Subventionspolitik für unhaltbaren Grundbesitz zu treiben beabsichtige die Regierung nicht. Das Kabinett sei entschlossen, sich zur härtesten Finanzpolitik im Reich, Ländern und Gemeinden und für die Konsolidierung der schwebenden Schulden einzusetzen. Es sei verhängnisvoll gewesen, daß die deutschen Unterhändler nach Paris gehen mußten, zu einer Zeit, als die schwebenden Schulden der öffentlichen Körperschaften rund sechs Milliarden Mark betragen. Dr. Brüning ging weiterhin auf die Gerüchte über Parteiverschmelzungen ein und betonte mit Nachdruck, daß das Zentrum mit sich etwa anbahnenden Umgruppierungen unter den Parteien absolut nichts zu tun habe.

Stegerwald über das Erwerbslosenproblem.

Vor dem Reichskanzler hatte Reichsarbeitsminister Stegerwald über die wichtigsten sozialen Aufgaben, insbesondere über das Erwerbslosenproblem gesprochen. Er vertrat folgende Forderungen:

1. Es müsse alles aufgegeben werden, um die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzufügen.
2. Es müßten durch entsprechende Wirtschafts- und Steuerpolitik die Voraussetzungen für eine aktive Reallohnpolitik geschaffen werden.
3. Das Arbeitsrecht müsse vorwärts gebracht werden, insbesondere das sogenannte Arbeitsvertrags- und Tarifvertragsrecht.
4. Es sei nachdrücklich zu arbeiten an der gleichberechtigten Eingliederung der Arbeiter in den Wirtschafts- und Wirtschaftsorganismus.

Kurz Nachrichten.

— Während in New York Sonnenhitze mit einer Höchsttemperatur von 29,5 Grad Celsius herrschte, wurden die Gegend in Kalifornien, um Los Angeles herum, von einer Kälteperiode mit Schneefall heimgesucht, wobei eine Person ums Leben kam.

— In dieser Woche wird der amerikanische Kongress umfangreiche Untersuchungen über die Tätigkeit der Kommunisten in den Vereinigten Staaten durchführen. Es werden Schritte erwogen, sämtliche Klaffen, die sich kommunistisch betätigen, des Landes zu verweisen. Der New Yorker Polizeikommissar Whalen ist als Zeuge nach Washington geladen.

— Bei einem Erdbeben, von dem Manganon (Indien) heimgesucht worden ist, sind zahlreiche Gebäude eingestürzt. Mehr als 150 Verletzte sind bisher nach den Krankenhäusern gebracht worden. Unter den Ruinen sollen sich zahlreiche Todesopfer befinden. Eine Neuentdeckung gibt vorläufig die Zahl der Toten mit 40 an.

— Zwischen Australien und Niederländisch-Indien soll ein flüchtiger Flugverkehr durch zwei Flugzeuge, die je zwölf Personen und Post fassen, eingerichtet werden.

Stimmungsmache in Genf

Der Präsident des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes, der Pariser holländische Gesandte London, hatte gleich nach seiner Ankunft in Genf eine Reihe von Privatgesprächen mit den Vertretern Englands, Frankreichs, und den maßgebenden Persönlichkeiten des Völkerbundssekretariats über die Einberufung des Abrüstungsausschusses.

Französischerseits will man die Tagung des Ausschusses bis nach der September-Vollversammlung des Völkerbundes verschieben, wofür das Völkerbundssekretariat entsprechende Vorschläge machen soll.

London sucht nun für einen Vorschlag den Ausschuss zum 20. Oktober einzuberufen, die Zustimmung der Mächte zu gewinnen.

In leitenden Kreisen des Völkerbundssekretariats fürchtet man jedoch bei der im Völkerbundssekretariat üblichen ausschließlichen Vertretung französischer Interessen, daß der Gegensatz zwischen dem Teilergebnis der Londoner Flottenkonferenz und dem allgemein erwarteten ergebnislosen Verlauf des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes die öffentliche Meinung über die tatsächliche Stellung des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage allzusehr aufklären würde und hierdurch der Druck der öffentlichen Meinung auch in den neutralen Ländern auf die unbedingt notwendig erklärte Weiterführung und den Abschluß der Genfer Abrüstungsarbeiten allzu stark werden könnte.

Die Gandhibewegung in Indien.

(Von unserem außenpolitischen K-Mitarbeiter.)

Am 12. März begann Gandhi, der Führer der indischen Freiheitsbewegung, seinen Propagandamarsch an Meer, um dort zum Protest gegen die englische Herrschaft das Geheiß über das Salzmonopol zu verlegen. Am 3. Mai wurde Gandhi von den Engländern verhaftet. Die britischen Behörden haben sich also gegen die Propagandabewegung Gandhis lange Zeit passiv verhalten. Sie wollten Gandhi nicht zum Märtyrer machen, weil sie nicht das Feuer des Widerstandes wollten. Inzwischen ist die Lage in Indien aber so gefährlich geworden, daß die Engländer sich doch zu einer entscheidenden Maßnahme genötigt sahen.

Wie der Staatssekretär für Indien im englischen Unterhaus mitteilte, ist die Verhaftung Gandhis erfolgt auf Grund einer Bestimmung aus dem Jahre 1827 (!). Gandhi ist in eine Art Schachhaft genommen worden. Er wird nicht vor Gericht gestellt werden, sondern bleibt einfach eingesperrt, bis die Behörden seine Wiederfreilassung glauben verantworten zu können. Die Festnahme erfolgte mitten in der Nacht. Zwanzig bewaffnete Polizisten überraschten Gandhi in seinem Lager, das er in einer kleinen Stadt, 200 Kilometer von Bombay entfernt, aufgeschlagen hatte. In der Eisenbahn und dann in einem Polizeiauto wurde er in das weit entlegene Gefängnis von Yeroda gebracht. Die Scheibengardien des Kraftwagens waren, wie englische Blätter mitteilen, weit heruntergezogen, um den Eindruck zu erwecken, als ob in dem Auto eine verschleierte indische Frau reise.

Daß die Nachricht von Gandhis Verhaftung in Indien großes Aufsehen erregte, ist selbstverständlich. Die Nationalisten Bombays riefen zu zwei nationalen Trauertagen auf und läuteten mit den Glocken. Die Engländer erwiderten diese Kundgebungen, indem sie die Truppen in Alarmzustand versetzten und die englischen Angestellten der Bombayer Banken und Fabriken mit Waffen ausrüsteten. Man sieht, die Lage ist schon recht ernst.

Wie wird sie sich weiter entwickeln? Gandhi selbst hat mit seiner Verhaftung von Anfang an gerechnet. Er hat sie geradezu provoziert, denn er wollte Märtyrer werden. Daß seine Festlegung die indische Unabhängigkeitsbewegung fördern wird, ist sicher anzunehmen. Aber es wäre naiv, zu glauben, daß die Lage der englischen Herrschaft in Indien schon jetzt gefährdet sei. Hinter der Gandhibewegung steht noch kein einheitlicher Volkswille. Noch immer ist das indische Volk in viele, unter sich streng abgeschlossene Kasten eingeteilt. Die Unterschicht ist unwissend und abergläubisch. Die gebildete Mittelschicht blüht hochmütig auf sie herab und steht vielfach in englischen Diensten — gebildet vom Glanze des britischen Imperialismus. Die Fürsten endlich, die „Maharadschas“, von denen tatsächlich oder angeblich märchenhaften Reichtümern wir von Zeit zu Zeit lesen, sind ganz pro-englisch eingestellt, weil sie von der britischen Regierung hohe Subventionen beziehen. Die scharfen religiösen Gegensätze tun das Übrige. Die Mehrzahl der indischen Bevölkerung bekennt sich zur brahmanischen Religion, eine starke Minderheit zum Islam. Blutige Zusammenstöße wegen religiöser Differenzen sind an der Tagesordnung. Und die Engländer verstehen es trefflich, alle diese Gegensätze noch zu schüren, um ihre eigene Herrschaft zu festigen!

Ist die englische Herrschaft über Indien somit auch noch nicht direkt gefährdet, so wäre es trotzdem verfehlt, die Bedeutung der indischen Freiheitsbewegung zu unterschätzen. London hat vielleicht diesen Fehler gemacht, während die nicht-britische Welt die Bewegung über schätzt hat. Die Wahrheit ist, daß alle Völker Afrikas, somit auch das indische Volk, erwachen. Freilich nur allmählich. Das Bewußtsein, daß es ein Selbstbestimmungsrecht der Völker gibt, dümmert langsam auch in den entlegensten Gebieten. An der indischen Nordgrenze ist die Lage heute schon für die Engländer direkt bedrohlich. Wahrscheinlich wirken dort russische Einflüsse mit, die über Afghanistan ins Land gedrungen sind. Die eigentliche Gandhibewegung hat damit freilich nichts zu tun. Daß ein indisches Regiment im Norden — in Peshawar — gemutet hat, war für die Engländer wohl die böseste Überraschung.

Jetzt will England ansehnend mit scharfen Mitteln durchgreifen. Es kann zweifellos heute noch die Bewegung „mit Blut und Eisen“ unterdrücken. Nachdem Gandhi verhaftet ist, sitzen fast alle Führer der Unabhängigkeitspartei hinter Schloß und Riegel. Aber Gandhi war im Jahre 1922 schon einmal eingesperrt. Wie damals, so wird man ihn und seine Helfer auch jetzt schließlich wieder einmal freilassen müssen. Ziehen lassen sich nun einmal nicht mit Säbel und Maschinengewehren ausrotten. Besser geht es auch die Engländer, die immer kluge Kolonialverwalter waren, in Einzelheiten nach, indem sie die indische Selbstverwaltung erweitern. Dann wird wohl für einige Zeit Ruhe eintreten. Aber nur für einige Zeit. Das Erwachen des indischen Volkes wird nicht mehr aufzuhalten sein — auch wenn seine jetzige Generation die Unabhängigkeit nicht mehr erleben wird!

Gandhis Nachfolger

Wie aus Bombay gemeldet wird, hat Abbas Tyab, den Gandhi zur Führung seiner Freiwilligen im Falle seiner Verhaftung bestimmt hatte, seinen Posten angetreten. Aus Lahore wird gemeldet, daß auf die Nachricht von der Verhaftung Gandhis hin alle Schulen geschlossen wurden. 15 freiwillige

Ministerpräsident Braun über seine Politik

Aus dem Hauptausschuß des Preussischen Landtags.

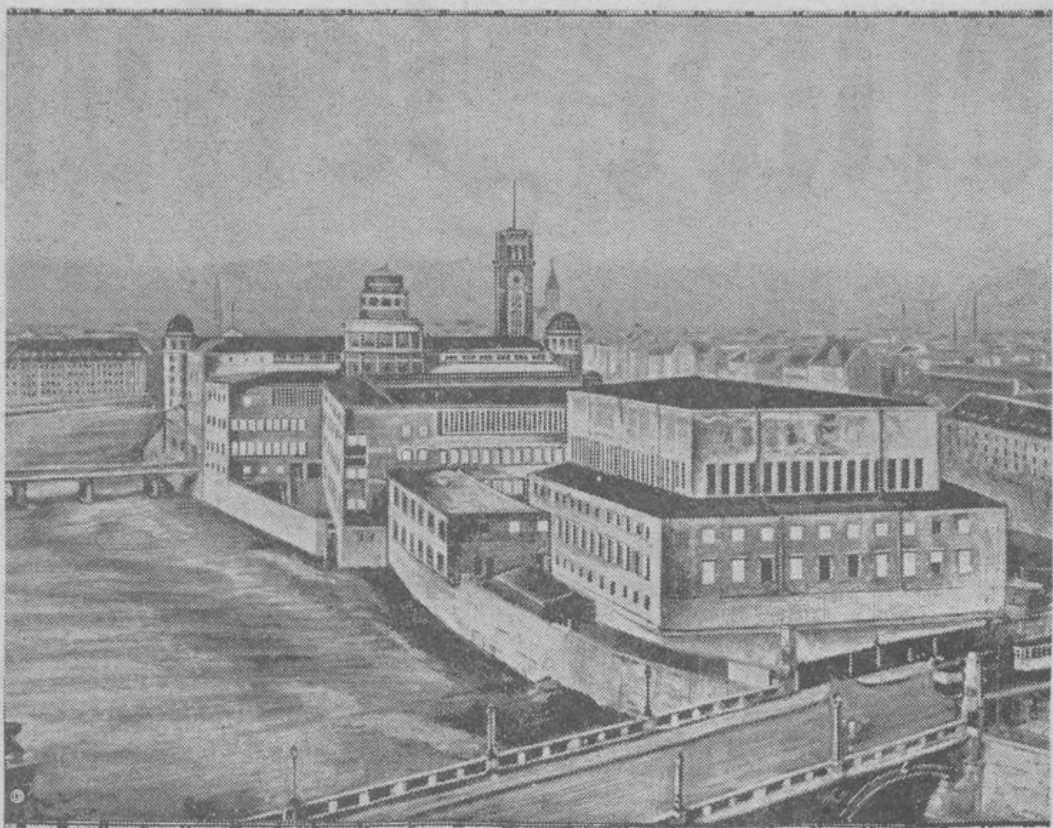
Berlin, 6. Mai. Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags wurde am Montag die feinerzeit infolge Opposition der Kommunisten abgebrochene Vorberatung des Haushaltes des Preussischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fortgesetzt. In der Aussprache übte namentlich der deutsch-nationale Vertreter scharfe Kritik an der Politik des Staatsministeriums. Ministerpräsident Braun erwiderte auf die in der Aussprache laut gewordenen Fragen in einer längeren Rede. Er erklärte, es sei völlig falsch, wenn man davon rede, daß bei der Auswahl der Regierung und Oberpräsidenten irgendein Parteigegensatzpunkt hervorgetreten sei. Eine derartige Bevorzugung einer einzelnen Richtung, die im monarchisch regierten Preußen an der Tagesordnung gewesen sei, sei bei der heutigen Konstitutionsregierung praktisch unmöglich. Die Jurisdispositionen der hannoverschen Landräte habe er selbst für unbedingt notwendig gehalten. Die Staatsregierung habe sich die Vorgehensweise im Provinziallandtag im Interesse ihres Ansehens nicht bieten lassen können.

Zur Lage im Reich.

Reichsminister Treviranus für Panzerkreuzer B.

Nachdem in den letzten Tagen Reichsfinanzminister Dr. Wittenberg (D. Volksp.), dann Reichskanzler Dr. Brüning (Zentr.) und Reichsarbeitsminister Stegerwald (Zentr.) programmatische Reden vor ihren Parteikonferenzen gehalten haben, hat jetzt auch der zur Volkskonservativen Vereinigung — bekanntlich eine Abspaltung von den Deutschnationalen — zählende Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, auf einer Kundgebung seiner Partei in Essen gesprochen.

Dabei betonte er n. a., daß es sich beim Bau des Panzerkreuzers B darum handele, ob wir die Möglichkeit, die der Vertrag hier zu unseren Gunsten biete, ausschöpfen oder verzichteten auf eine Wehrhaftigkeit zur See. Die Wehrhaftigkeit der Panzerkreuzerfrage auf der Londoner Flottenkonferenz beweise immer mehr die Berechtigung, daß diese Möglichkeit nicht aus der Hand gegeben werden dürfe, auch wenn der Bau des Kreuzers 80 Millionen koste. Hinzu komme die strategische Bedeutung des Kreuzers für den deutschen Flotten. Weiter gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß die Befreiung des besetzten Gebietes auch die Befreiungs- und Befreiungsarbeiten bringen werde. Diese Annahme, die alle umfassen müsse, die unter den Begriff der „Remontierung“ bis zu den „Kriegsverbrechern“ fallen, sei zur Lösung reif, und er glaube, daß sie komme, obwohl eine verfassungsmäßige Mehrheit im Reichstag dazu notwendig sei.



Oskar von Millers Lebenswerk.

Am heutigen 7. Mai wird Oskar von Miller 75 Jahre alt. Sein Lebenswerk ist die Gründung und der unablässige Ausbau des Deutschen Museums in München, das bereits Weltruhm erworben hat. Jetzt wird dem Museum noch ein Bibliotheks- und Studienbau angegliedert, auf den unser Bild einen Blick gewährt.

Mitglieder des Kongresses wurden bei der Bildung von Posten vor den Geschäften, die ausländische Stoffe verkauften, verhaftet.

Eine Massenversammlung von mehr als 100 000 Personen wurde in Bombay abgehalten. Die Redner forderten die Anwesenden auf, weiterhin keine Gewalt anzuwenden und den Kampf fortzusetzen und beglückwünschten Gandhi zu seiner Verhaftung.

In englischen Kreisen Indiens hat die Verhaftung Gandhis eine gewisse Genugtuung darüber ausgelöst, daß eine untragbar gewordene Lage eine Veränderung gefunden hat und daß die britische Verwaltung, wie immer die Folgen der Verhaftung sein mögen, innerhalb der nächsten zwei bis drei Tage die weitere Entwicklung genau kennen wird. Man hofft, daß nach einem kurzen Sturm die Lage bald wieder normal sein wird.

In Kalkutta, Bombay und Madras haben die Behörden so umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, daß es bisher zu keinerlei Unruhen oder Kundgebungen gekommen ist. In Karachi hat die Polizei sämtliche Waffen aus den Waffenlagern der Stadt entfernt. Etwa 700 Waffen, 600 000 Schuß Munition und 120 Pfund Pulver sind allein aus einem Geschäft fortgebracht worden.

Die Unruhen in Spanien.

Die Madrider Universität geschlossen.

Kundgebungen Madrider Studenten gegen den König und die Monarchie führten, wie bereits bekannt, zu Straßenunruhen und Zusammenstößen mit der Polizei. Rektor und Senat der Universität Madrid haben jetzt beschlossen, die Universität bis auf Weiteres zu schließen. Zwei von den bei den Zusammenstößen verwundeten Leuten liegen im Sterben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf drei erhöhen wird. Die katholischen Studenten befinden sich in schärfstem Gegensatz zu den Rebellen und klagen vor allen Dingen den Professor Unamuno wegen seiner Forderungen als indirekten Urheber der blutigen Zwischenfälle an. Der Straßenverkehr war während der Unruhen nach verschiedenen Seiten der Stadt bis zu drei Stunden unterbrochen. Die Arbeiterschaft verhält sich bis jetzt neutral.

Die letzten Ereignisse der Reichspolitik

Eine Rede des Abg. Leicht.

Auf der Reichstagsversammlung der Bayerischen Volkspartei Oberfranken in Bamberg sprach Prälat Leicht, der Führer der Reichstagsfraktion, über das politische Geschehen der letzten Wochen im Reich. Er behandelte zunächst den Young-Plan und betonte dabei, das Handeln des Reichspräsidenten sei aus dem absoluten Pflichtgefühl und aus rein sachlichen Erwägungen heraus erfolgt. Eine Schwäche der Regierung Brüning liege in ihren stets zweifelhaften Mehrheitsverhältnissen, und darin, daß keine Partei, die ihre Exponenten in der Regierung habe, gebunden sei. Die parlamentarische Lage bleibe daher nach wie vor schwierig. Ein Vorteil sei aber, daß die Regierung, die mit Wunsch und Willen des Reichspräsidenten zusammenkam, nicht zurücktreten werde, wenn sie einmal in der Minderheit bleibe, sondern die Vollmacht habe, den Reichstag nach Hause zu schicken. Bei der Behandlung der Steuer- und Finanzgesetze griff der Redner auf den früheren Reichsfinanzminister Dr. Hilferding und dessen Staatssekretär Popitz zurück und meinte, Hilferding und Popitz seien zwar ausgeschieden, die verfallene Finanzlage sei aber geblieben.

Einen großen Raum in seinen Ausführungen nahm die Biersteuer ein, die die Regierung um 75 Prozent, einzelne Minister sogar um 100 Prozent erhöhen wollten. Es sei das ausschließliche Verdienst der Bayerischen Volkspartei, daß sie eine Ermäßigung der Biersteuererhöhung bis zum äußersten vertreten habe, so daß schließlich sogar gegen den Willen der Regierung, vor allem durch das geschickte Eingreifen Dr. Horlachers die Biersteuererhöhung auf etwa 43 Prozent herabgedrückt wurde. Hätte die Bayerische Volkspartei der Biersteuererhöhung nicht zugestimmt, dann wäre die Reichstagsauflösung und damit die 75prozentige Biersteuererhöhung gekommen. Auch die Hausbrauer dürften zufrieden sein. Hätte die Bayerische Volkspartei gegen die Erhöhung gestimmt, dann wären sie ebenso eingestuft worden wie die eigentlichen Brauer.

Der Reichswehrretal.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet am Dienstag über den Haushalt des Reichswehrministeriums. Reichswehrminister Gröner erklärte, daß das Ministerium bei der Aufstellung des Haushalts mit ganz intensiver Kritik an ihm selbst vorgegangen sei. Der Reichswehrminister habe wiederholt anerkannt, daß er vom Reichswehrministerium bei seiner Tätigkeit in bester Weise unterstützt worden sei. Bei allen Maßnahmen, die außenpolitische Wirkungen haben könnten, sei der Reichswehrminister von der Zustimmung des Außenministers abhängig. Der Reichswehrminister betonte, er werde allen Versuchen, den Gehorsam in der Reichswehr zu untergraben, rücksichtslos entgegenzutreten. Einen Zwang zur Verbesserung eines bestimmten Prozentsatzes der Mannschaften zu Offizieren müsse er absolut ablehnen. Dagegen sei man eifrig bestrebt, durch Herausheben vorher bewährter Menschen aus den Mannschaften und Unteroffizieren dem Offizierskorps frisches Blut zuzuführen. Die Klagen über unmenschliche Behandlung der Soldaten seien nicht begründet.

Der Minister antwortete dann in vertraulichen Ausführungen auf Fragen der Sozialdemokraten und des Zentrums wegen angeblicher geheimer Mordtaten. Er betonte dabei nochmals, daß er immer im Einverständnis mit dem Reichsaussenminister und dem Reichskanzler, also auch mit dem früheren Reichskanzler Müller gehandelt habe. Er habe den Wunsch, daß zwischen dem Offizierskorps des neuen Heeres und dem der alten Armee die innigsten kameradschaftlichen Verbindungen bestehen. Er werde daher für die nächsten Herbstmanöver auch eine Anzahl Offiziere der alten Armee, sowie Abgeordnete und Pressevertreter einladen, um eine weitere Entgiftung der Atmosphäre herbeizuführen.

Eine Entschliebung des demokratischen Parteivorstandes

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei, der in Berlin versammelt war, fasste folgende Entschliebung:

„Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei billigt das Verhalten der Reichstagsfraktion bei den Abstimmungen im April. Der Parteivorstand hat zu der Reichstagsfraktion und zu dem demokratischen Reichswirtschaftsminister das Vertrauen, daß sie in der jetzigen Kombination die Grundsätze der Partei wahren und aus deren etwaigen Verletzungen mit Entschiedenheit ziehen werden.“

Ein amerikanischer Senator gegen die deutschen Tribute.

New York, 5. Mai. Im deutschen Gesellschaftlichen Verein hielt der New Yorker Senator Copeland eine Rede, in der er u. a. ausführte, Deutschland sei auf keinen Fall im Stande, die ihm aufgezwungenen Tribute zu zahlen. Die über große Belastung müsse einen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft herbeiführen. Die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit werde eine Quelle revolutionärer Umtriebe sein. Die ganze Welt sei am Wohlstand Deutschlands interessiert, da Deutschland ein hervorragendes Volkwerk gegen die bolschewistische Flut sei.

Die Verschärfung der Prohibitions-Gesetze in Amerika. Wie aus Washington gemeldet wird, hat das oberste Gericht angeordnet, daß alle Personen, die Flaschen und andere zur Aufbewahrung von Alkohol dienende Behälter verkaufen, in Zukunft dem Prohibitions-Gesetz unterliegen. Demzufolge wird das Finanzministerium ermächtigt, gegen Geheimbrennereien gesetzlich vorzugehen.

Schliffe auf ein Gesandten-Auto.

Bukarest, 7. Mai. Als der rumänische Gesandte in Washington, Davila, der sich zurzeit in Bukarest aufhält, Montag gegen Mitternacht von einem Besuch bei dem Prinzen Bibescu in die Stadt zurückkehrte, wurden auf sein Auto mehrere Revolvergeschosse abgefeuert, die das Auto beschädigten. Verletzt wurde niemand. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Präsident Doumergue in Algier.

Paris, 5. Mai. Präsident Doumergue ist Sonntag früh in Algier eingetroffen. Bei seiner Ankunft wurde Salut geschossen. Der Präsident begab sich im Auto von Spahis begleitet zum Regierungspalast, wo er während seines Aufenthaltes wohnen wird. Nachmittags findet ein Empfang der Vertreter der jüdischen und Militärbehörden sowie der Führer der Eingeborenen-Stämme statt.

Aus der Heimat

Mittwoch, den 7. Mai 1930.

Laasphe:

* Durch Selbsthilfe zum Eigenheim. Ueber dieses aktuelle Thema wird am morgigen Donnerstag im Hotel Westfälischer Hof, um 8 Uhr abends, ein Vortrag mit Lichtbildvorführungen der Westfälischen Landesbauparlasse, der öffentlichen Bauparlasse der Provinz Westfalen, stattfinden. Allen Wohnungsuchenden kann der Besuch des Vortrages nur empfohlen werden. — Ferner wird die Kreisparlasse zu Laasphe einen Film „Der Geburtstagsmorgen“ vorführen lassen.

* Ein zweiter Einbruch in der Bergstraße. Wie uns erst heute bekannt wird, ist vergangene Woche in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in der Bergstraße in das Schiefer'sche Haus gegenüber der Jugendherberge ein Einbruch verübt worden, nachdem erst kürzlich in das Haus des Landwirtes Friedrich Weber in der Bergstraße eingebrochen worden war. Der Täter hat aus einem Keller, den der Mehr von der Jugendherberge gemietet hatte, über einen Zentner Kartoffeln gestohlen. Wie die Tat ausgeführt worden ist, können wir nicht genau sagen. Wahrscheinlich ist der Einbrecher aber wieder durch ein Kellerfensterloch eingedrungen.

Erndtebrück:

Konturrenz-„Kampf“. Im Walde zwischen Leimstruth und Amshausen hat sich nach einer uns zugegangenen polizeilichen Information vor einigen Tagen folgender alltäglicher Vorgang abgespielt: Zwei junge Fernsprechkünstler von hier versuchten von der öffentlichen Fernsprekstelle in Leimstruth aus unter fingiertem Namen zwei jungen Mann der gleichen Kunst, telefonisch nach Leimstruth zu locken. Da diese „Gefälligkeit“ seitens der Fernsprekstelle verweigert wurde, gelang es den beiden, Fernspreksprecher von einem in der Nähe lagernden Zigeunertruppe zu bewegen, das Gespräch für sie zu führen. Dem jungen Mann in Amshausen wurde dann erzählt, daß ihn ein Mann aus Heinsberg, der einen größeren Auftrag in Döckedeckarbeiten zu vergeben habe, in Leimstruth zu besichtigen. In der Erwartung, einen größeren Auftrag zu bekommen, machte sich der junge Mann in Richtung Leimstruth auf den Weg. Er brauchte aber nicht bis hin, denn schon im Walde zwischen Amshausen und Leimstruth stießen sie auf diese ungewöhnliche Art die Freude an seinem Handwerk zu nehmen. Der Angegriffene rettete sich durch die Flucht vor weiteren Tätlichkeiten. — Die Polizei hat für diese Art Wettbewerbs kein rechtliches Verständnis und wird daher den beiden kampfswilligen Schieferdeckern einmal auf den Kopf steigen. Statt Deckhammer wäre in diesem Falle der Gummitüppel zu empfehlen.

Aus Nah und Fern.

Ein Kreiswappen für Dillenburg.

— Dillenburg. Durch Beschluß des Staatsministeriums wurde dem Distrikt die Genehmigung zur Führung eines Kreiswappens erteilt.

Das Huhn an der Angel.

— Frohnhausen. Zwei Angler kehrten nach gutem Fang in einer heissen Wirtschaft zu einem kühlen Trunk ein und ließen ihre Angel, an deren Haken noch ein Wurmchen zappelte, im Hofe stehen. Sie waren sehr erschaut, als später ein Huhn an der Angel hing, das die Freude an seinem Fischschmaus hatte und nun nicht mehr recht von hinten konnte auf und in die Höhe flattern, bis sein Gesang immer bang und bänger wurde und schließlich der Tod herbeifam.

Todessturz eines Kindes.

— Marburg. Vorgestern stürzte in einem unbewachten Augenblick das vierjährige Söhnchen des Postbeamten Naumann aus der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung in die Tiefe. Eine schwere Schädelverletzung führte den Tod des Kindes herbei.

Eigenartige Tierquälerei.

— Gießen. In geradezu unglaublicher Weise verblühte ein Landwirt an seinem eigenen Vieh Tierquälerei. Der Mann reichte nicht nur nicht die Ställe der Tiere, sondern gab ihnen wiederholt auch kein Futter und nichts zu trinken. Der übte Tierhalter, der wegen Tierquälerei schon wiederholt verurteilt ist, kam noch einmal mit einer Geldstrafe davon.

Funde in alten Grabstätten.

— Soest. Bei Ausgrabungen, die in Soest vorgenommen wurden, ist ein großes Grab mit kostbaren Gegenständen entdeckt worden. Es wurden darin mehrere Goldstücke mit Verzierungen von etwa Handtellergröße gefunden, die von sehr feiner Arbeit sind.

Vom Zuge überfahren.

— Ramen. Vorgestern nachmittag wurde der 28 Jahre alte Invalid Karl Altmann von hier auf der Bahnstrecke Röm-Minden vom Zuge überfahren. Der Kopf wurde ihm vom Rumpf getrennt. Näheres muß die Untersuchung ergeben.

Deutsch-englischer Schüleraustausch.

— Solingen. 25 Schüler der Technischen School in Chatham, die zu einem vom Solinger Realgymnasium weilenden Schüleraustausch vier Wochen in Solingen reisen und bei den Eltern der im August nach England gehenden Solinger Schüler untergebracht waren, sind heute mit ihren Führern und Lehrern wieder nach England zurückgekehrt. Die jungen Engländer sind voll des Lobes über die Aufnahme.

Vier Fälle von Paratyphus in Hameln.

Hameln, 7. Mai. Vier Bewohner des Hofes an der Postenfeer Landstraße, und zwar die Eheleute Appel und zwei ihrer Söhne, sind unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Es hat sich herausgestellt, daß alle vier Personen an Paratyphus erkrankt sind. Die Erkrankung wird zurückgeführt auf den Genuß von Hackfleisch, das längere Zeit liegen geblieben war. Weitere Erkrankungen sind in Hameln nicht eingetreten. Das Befinden der Kranken hat sich inzwischen etwas gebessert.

— Selbstmord. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

— Schwinn. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

— Der. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

— Der. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

— Mermell. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

Der Sch. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

Im. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

Ein. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

Ein. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

Ein. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

Ein. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

Ein. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

Ein. In der Nacht vom Freitag zum Samstag ereignete sich in der Nähe von Laasphe ein Selbstmord. Ein Mann sprang von der Brücke der Laaspheer Eisenbahnbrücke auf die Gleise und wurde von einem Zug überfahren.

Warum Volksnationale Reichsvereinigung?

Ueber dieses Thema spricht am Freitag, 9. 5., in Laasphe im Saale des Westf. Hofes Hauptmann a. D. Stoeßner-Arolsen

Freie Aussprache, auch durch mündl. und schriftl. Anfragen.

Beginn 8.15 Uhr.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 30 Pfg. erhoben.

Alle Staatsbürger (Männer und Frauen) von Laasphe und Umgegend sind zu diesem Vortrag herzlich eingeladen.



DER WEG ZUM EIGENHEIM
führt über die Westfälische
Landes-Bausparkasse
Öffentliche Bausparkasse der westfälischen Sparkassen unter Verwaltung der Landesbank der Provinz Westfalen
Vollständige Sicherheit der Einlagen, verbindliche Wartzeiten, rechnermäßiger Haben- und Sollzinssatz 4%, gerechte Zuteilung, keine Benachteiligung der kleinen Sparer, Schutz des Darlehensschuldners durch Lebensversicherung
Auskunft durch alle öffentl. Sparkassen

Öffentlicher Vortrag?

mit Lichtbildern und Filmvorführung in
Laasphe am Donnerstag den 8. Mai, abends
8 Uhr im Hotel Westfälischer Hof, Bahn-
hofstraße.

Eintritt frei!

Amtliches.

Bekanntmachung.

Die auf Grund des Gesetzes über die Heranziehung Hilfsbedürftiger bei der Durchführung der öffentlichen Fürsorge vom 29. 3. 1927 (Ges.-S. 33) gebildeten Beiräte für die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge und für die allgemeine Fürsorge sollen neu gewählt werden.

Dem Beirat der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge gehören an: zwei Vertreter der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Dem Beirat der allgemeinen Fürsorge gehören an: zwei Vertreter der Befürsorgten oder deren Vereinigungen (also ein Klein- oder Sozialrentner und einer aus der allgemeinen Fürsorge, zwei Vertreter von Personentreifen, die Hilfsbedürftige betreuen, z. B. je ein Vertreter bezw. Vertreterin der inneren Mission, des Vaterl. Frauenvereins oder der Arbeiterwohlfahrt).

Die in Frage kommenden Organisationen und Verbände der freien Wohlfahrtspflege werden hiermit aufgefordert, bis spätestens zum 1. Juni 1930 je zwei Personen als Mitglieder und als Stellvertreter in Vorschlag zu bringen. Nach dem 1. Juni eingehende Vorschläge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Mit den Vorschlägen wolle gleichzeitig die Zahl der der Organisation angeschlossenen Mitglieder mitgeteilt werden.

Verleburg, den 30. April 1930.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Drossel.

Bekanntmachung.

Der Kreistag hat am 17. März 1930 einstimmig beschlossen:

„Der Vorstand jeder Kreispartei besteht künftig aus fünf Mitgliedern.

In der Satzung für die beiden Sparteisen des Kreises Wittgenstein ist deshalb im § 4 Ziffer 2 Abschnitt b) in der ersten Zeile statt 4 gleich 5 zu setzen.“

Der Herr Oberpräsident der Provinz Westfalen hat durch Erlass vom 7. April 1930 — VI a 132 C 18 — diesen Nachtrag bestätigt. Der Nachtrag liegt auch in den Rassenräumen der beiden Kreispartei zu jedermanns Einsicht offen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Kreises Wittgenstein.
Drossel.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Besichtigung der Feuerstellen findet in den Gemeinden Erndtebrück und Linde wie folgt statt:

in Erndtebrück am 14., 15., 19., 21. und 22. Mai,
in Linde am 26. Mai.

Der Bezirksausschuß Abt. I und II zu Arnberg hat durch Beschlüsse vom 8. und 25. April 1930 für den Regierungsbezirk Arnberg den Schluß der Schonzeit für Rebhölzer auf den 29. Mai 1930 festgesetzt.

Der Vorsitzende des Bezirksausschusses, Abt. I und II.
J. D. gez. Frhr. Quadt.
Veröffentlicht.

Verleburg, den 1. Mai 1930.

Der Landrat, Drossel.

Die Lichtspiele Westf. Hof

bringen am Sonnabend den 10. abends
8 $\frac{1}{2}$ Uhr und Sonntag den 11. Mai, nachm.
4 $\frac{1}{4}$ und abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr den größten
Film der letzten Jahre, einen Film, der
Millionen kostete:



die Fahrt zum Mond, 384000 km von
der Erde entfernt, nach dem gleichlau-
tenden Roman von Thea von Harbou, ein
Fritz Lang-Film der Ufa

Bekanntmachung.

Es wird zur genauen Beachtung darauf hingewiesen, daß nach § 44 der Regierungspolizeiverordnung, betreffend Feld- und Forstschutz, vom 16. Juli 1928 die beiden Arten des Hufschlachs, die Herbstzeitlose, die Seidenpflanze, die Wucherbäume und die Distel auf Ackerländereien, auf Wiesen, Weiden, auf Wegerändern, Eisenbahndämmen, an Flußufern, Gräben usw. von dem Unterhaltungs-pflichtigen oder demjenigen, welcher die Grundstücke als Eigentümer, Nutznießer oder Pächter bewirtschaftet, so frühzeitig zu vertilgen sind, daß sie nirgends im abblühenden oder reifen Zustande vorgefunden werden.

Die Blätter des Hufschlachs sind außerdem auch im Laufe des Jahres durch mögliches häufiges Abmähen zu beseitigen. Die Vernichtung der Herbstzeitlose erfolgt durch Ausstechen der Zwiebeln sowie durch Ausziehen der Pflanzen im Vorfrühling bei trockenem Boden oder nassem Wetter.

Die Vertilgung aller Distelarten hat mit der Einschränkung zu erfolgen, daß diese Maßnahme auf mit Früchten besetzten Feldern nur insoweit gefordert wird, als sie ohne Beschädigung der Saaten vorgenommen werden kann.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit entsprechender Haft bestraft. Die Landjäger- und Polizeibeamten und die Flurhüter sind angewiesen, Nichtbefolgung der Anordnung zur Anzeige zu bringen.

Verleburg, den 28. April 1930.

Der Landrat, Drossel.

Bekanntmachung.

Die Verpachtung der städtischen
und Separationswege erfolgt am
Samstag den 10. Mai 1930,
nachmittags 5 Uhr im Rathaus
K o h l s t a d t hierseits.

Die Bedingungen werden im Termin
bekanntgegeben.

Laasphe, den 5. 5. 1930.

Der Magistrat: Pränger.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Klein-
und Sozialrentnerunterstützun-
gen für den Monat Mai 1930 erfolgt
am Freitag, den 9. Mai 1930,
nachm. von 5—6 Uhr auf der hiesigen
Stadtkasse.

Laasphe, 6. Mai 1930.

Der Magistrat:
Pränger.

Autobereifungen

Liefert ab Lager

Schröder & Dreisbach

Fahrräder & Kraftfahrzeuge

Laasphe/Westf.

Telefon 72.

Unsere diesjährige

ordentliche

Mitgliederversammlung

findet Sonntag den 18. Mai d. Js., nachm. 2 Uhr
im Saale des Herrn Dürsch in Erndtebrück statt,
wogu hierdurch ergebenst eingeladen wird.

Die Tagesordnung geht den Mitgliedern mit besonderem
Schreiben zu.

Erndtebrück, den 6. Mai 1930.

Erndtebrücker Bank e. G. m. b. H.

Brennholzversteigerung.

Die Fürst Wittgenstein'sche Oberförsterei
Laasphe verkauft meistbietend am Dienstag den
13. Mai 1930 in der Wirtschaft Grübener zu Stängel,
vormittags 9 Uhr beginnend, aus den Distrikten Pfarren-
hain, Steinigekopf, Fohndackerhöpfen, Erbachshöpfen,
Siegenrücken

123 rm Buchenscheit

133 „ Buchenknüppel

15 „ Nadelholzknüppel

47 Haufen Altkreisig.

Anzahlung $\frac{1}{2}$ der Kaufsumme. Bekanntgabe der
übrigen Verkaufsbedingungen vor dem Termin.

Jedesmal neue Freude

bringen Ihnen „Westermanns Monats-
hefte“, die mit ihrer ungeheuren Fülle an
herrorragenden Beiträgen — in jedem
Jahrgang sind etwa vier bis fünf Romane,
40 Novellen u. Erzählungen, 125 Abhand-
lungen, 120 Kunstbeilagen u. nahezu

1000 ein- u. buntdruckartige Bilder enthalten —
für den Preis von 2 Mark das Heft die
preiswerteste deutsche Monatschrift sind.
Jedem Heft liegt außerdem eine wertvolle
Illustration ohne Erhöhung des Bezugs-
preises bei. Die Sammlung ist sehr inhalt-
reich, abgemessen, die
Monatshefte sind
eine überaus wert-
volle Ergänzung
zu den besten
Inhaltsverzeichnis
eines Probeheft
Ihren eine solche
Vergleichung zum
Preis zugestellt wird.

Gutschein für 1 Probeheft

bei Einzahlung von 30 Pf. für Porto an den Verlag
Westermanns Monatshefte, Braunschweig

Name
Beruf
Adresse

Kirchengemeinde Feuding. .

An Zahlung der Kirchensteuer
wird erinnert. Nach dem 20. Mai
erfolgt Zwangsbeitreibung.

Die Kirchenkasse.



FÜR DEN BODEN

LOBA-PARKET, BOHNERWACHS
LOBA-LEIPE, DIE WASSERWACHE
DAS BESTE FARB-BOHNERWACHS

Bekanntmachung.

betr. Grabenräumung auf den Wiesen.
Bei der stattgefundenen Wiesenschau
ist festgestellt worden, daß eine Anzahl
Wiesenpächter den Grabenanschnitt
nicht ordnungsmäßig weggeschafft oder
verbaut hatten.

Die Säumigen werden hiermit
zur Vornahme dieser Arbeit bis
spätestens zum 12. d. Mts. aufgefordert.

Wittgenstein, den 6. Mai 1930.

Die Polizeiverwaltung:

Marburger.

Öffentliche Mahnung.

Wir ersuchen hiermit letztmalig
um Zahlung der rückständigen Kirchen-
steuer aus 1929.

Beträge, die bis zum 15. ds. Mts.
nicht eingegangen sind, werden zwangs-
weise beigetrieben.

Erndtebrück, 6. Mai 1930.

Kirchenkasse Erndtebrück.